

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 18.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 3. September 1904.

Verlag:
A. Bohrer, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Börsen & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Ausschreibung!

Der Posten eines Hilfsarbeiters für den Vorstand wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Der Hilfsarbeiter hat Bureauarbeiten mit zu verrichten, muß in Rechnen und Schreiben bewandert und in der Lage sein, beim Verpacken und der Expedition des „Proletarier“ helfen zu können.

Das Anfangsgehalt beträgt 1600 Mk., steigt jährlich um 75 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2000 Mk.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf ein Vierteljahr provisorisch, nach Ablauf des ersten Quartals endgültig, bei gegenseitiger vierteljährlicher Kündigung.

Die Bewerber haben eine schriftliche Arbeit über die allgemeinen Aufgaben unserer Organisation einzureichen.

Der Arbeit ist eine Beschreibung der bisherigen Tätigkeit und des Lebenslaufes beizufügen. Dabei sind die Daten der Geburt und des Eintritts in den Verband anzugeben.

Die Bewerbungen sind bis zum 14. September an den Unterzeichneten einzusenden.

Hannover, den 27. August 1904.

J. A.: Aug. Brey.

In Gemäßheit der Beschlüsse des 7. ordentlichen Verbandstages haben der Vorstand und Ausschuss acht besoldete Gauvorsitzende anzustellen. Und zwar:

- Gau 1: Sitz Magdeburg,
- Gau 2: Sitz Dresden,
- Gau 3: Sitz Berlin,
- Gau 4: Sitz Stettin,
- Gau 5: Sitz München,
- Gau 7: Sitz Ludwigshafen,
- Gau 8: Sitz Offenbach,
- Gau 10: Sitz Hamburg,

Die Bewerber haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit schriftlich einzusenden, dabei sind Angaben über Geburt und Eintritt in den Verband zu machen.

Die Bewerber haben eine selbständige schriftliche Arbeit einzureichen über folgende Fragen:

1. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?
2. Wie hat sich der Gauvorsitzende bei bevorstehenden Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu verhalten?
3. Wie ist die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?
4. Wie nimmt man eine Zahlstellenrevision vor?
5. Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetze haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Die Bewerber wollen angeben, für welchen Gau ihre Bewerbung gelten soll.

Die Anstellung erfolgt durch den Vorstand und Ausschuss zunächst provisorisch, nach Ablauf eines Vierteljahres endgültig unter vierteljährlicher Kündigung.

Die Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober dem Unterzeichneten einzusenden.

Hannover, den 27. August 1904.

J. A.: Aug. Brey, Schillerstr. 5, II.

Der VII. ordentliche Verbandstag

hat folgenden Beschluß:

An Orten, wo Fabrikarbeiter und Bauarbeiter in so großer Anzahl vorhanden sind, daß jede Erwerbsgruppe eine eigene Zahlstelle bilden kann, sollen Personen, die in der Regel und zur Zeit ihres Beitritts in die Organisation auf Bauten beschäftigt sind, in den Verband der Fabrikarbeiter nicht aufgenommen werden.

Desgleichen sollen an solchen Orten Personen, die in der Regel und zur Zeit des Meldens ihres Beitritts in Fabriken Beschäftigung haben, nicht in dem Verband der Bauarbeiter Aufnahme finden. Unter Fabriken sind auch Ziegeleien verstanden. An kleineren Orten mit geringer Einwohnerzahl und an Zahl schwacher Arbeiterbevölkerung, wo es die Verhältnisse mit sich bringen, daß die Arbeiter abwechselnd einen Teil des Jahres in Fabrikbetrieben, der Landwirtschaft, in Ziegeleien und auf Bauten beschäftigt sind, soll es gehalten werden, daß, wenn eine der vorgenannten Organisationen eine Zahlstelle errichtet hat,

die andere von der Gründung einer Zahlstelle Abstand nehmen soll.

Für bereits vollzogene Mitgliedschaft soll folgendes gelten: Scheidet ein Mitglied einer der beiden Organisationen aus dem Fabrikbetriebe oder aus der Arbeit an Bauten aus, um eine anderweitige Arbeit zu nehmen, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Arbeitet es als Mitglied des Bauarbeiter-Verbandes auf einer Fabrik, so soll es von den Mitgliedern des Fabrikarbeiter-Verbandes nicht veranlaßt werden, aus dem Bauarbeiter-Verband auszutreten; vertauscht es die Fabrikarbeit mit der Arbeit auf einem Bau, so soll es von seinen neuen Mitarbeitern nicht veranlaßt werden können, dem Bauarbeiter-Verband beizutreten. Nur ist die Anerkennung der jeweils geltenden Satzungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen von solchen Mitgliedern zu fordern.

Die im Fabrikarbeiter-Verband organisierten, auf Bauten beschäftigten Kollegen haben einen Extra-Beitrag an die eigene Organisation zu bezahlen, welcher nicht unter 15 Pf. betragen darf.

Der Beschluß hat den Zweck, das an manchen Orten zwischen beiden Organisationen vorhandene unliebliche Verhältnis zu ändern. Öffentlich wird das durch entsprechendes Entgegenkommen von der anderen Seite nun erreicht, damit Vorkommnisse, wie wir sie bislang zu unserem Leidwesen beobachten mußten, in Zukunft unterbleiben.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1903.

Das Jahr 1903 war für die gewerkschaftlichen Organisationen ein Kampfesjahr wie keines je zuvor. Es waren 1200 Streiks und 82 Aussperrungen (davon 4 Waiaussperrungen), zusammen 1282 Kämpfe mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Kämpfe war im Jahre 1898 mit 985. An den Streiks waren 75 830, an den Aussperrungen 45 763, insgesamt 121 593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im verfloffenen Jahre. Sie erreichte damals 128 808, doch muß das Jahr 1896 als ein Ausnahmejahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. An dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30 000, an den Streiks der Gasenarbeiter 23 280 und an denen der Holzarbeiter 25 461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerben nicht wieder erreicht worden ist.

Angriffsstreiks wurden im Jahre 1903 603 = 47,0 Prozent aller Streiks geführt. Beteiligt waren 53 763 Personen, darunter 2841 weibliche. Die Kosten für diese Streiks betrugen 2 539 698 Mk. Für 42 656 an den Streiks Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 865 870 Tagen festgestellt, von denen auf die weiblichen Beteiligten 60 430 Tage entfallen. Diese Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitsverdienst von 3 778 041 Mk. Von den Streiks waren 281 = 46,6 Prozent erfolgreich, 154 = 25,5 Prozent teilweise erfolgreich und 148 = 24,5 Prozent erfolglos. 6 Streiks waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet.

Abwehrstreiks und Aussperrungen brachte das Jahr 1903 679 = 53 Prozent aller Streiks. Beteiligt waren hieran 67 830 Personen, darunter 9869 weibliche. Für 46 308 dieser Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 1 756 422 Tagen und der Verlust an Arbeitsverdienst mit 3 897 896 Mk. festgestellt. Auf die weiblichen Beteiligten entfallen 613 673 Arbeitsstage. Die Kosten der Abwehrstreiks und Aussperrungen betrugen 2 541 286 Mk. und sind somit annähernd gleich hoch, wie die für die Angriffsstreiks. Von den Streiks und Aussperrungen waren 342 = 50,4 Prozent erfolgreich, 85 = 12,5 Prozent teilweise erfolgreich und 211 = 31,1 Prozent erfolglos. 15 Streiks und 30 Aussperrungen waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet, doch sind in der Statistik 26 Aussperrungen als abgeschlossen geführt, weil sie in den ersten Tagen des Jahres 1904 endeten.

Der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrstreiks war im Jahre 1903 höher als der der erfolgreichen Angriffsstreiks, ein Beweis dafür, wie wenig berechtigt das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiter war.

Bemerkenswert ist, daß auch im verfloffenen Jahre mehr als die Hälfte, nämlich 679 = 53 Prozent aller

Kämpfe zur Abwehr gegen Maßregeln und Drangsalierungen seitens des Unternehmertums von der Arbeitererschaft geführt werden mußten. Im Jahre 1903 waren 66,4 und 1901 60,0 Prozent, im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 Prozent aller Kämpfe Abwehrkämpfe. Des weiteren übte sich das Unternehmertum in den letzten Jahren ganz besonders in der Aussperrungs-Taktik. Im Jahre 1900 wurden 46 Aussperrungen mit 14 630 Beteiligten, in den folgenden 3 Jahren 35 mit 8460, 56 mit 6791 und 82 mit 45 763 Beteiligten von dem Unternehmertum durchgeführt. In den letzten vier Jahren waren also nicht weniger als 219 Aussperrungen mit 75 644 Beteiligten, von denen 51 961 einen Verlust an Arbeitszeit von 1 937 108 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4 833 760 Mk. hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden.

Im Jahre 1903 betrug der Verlust an Arbeitszeit für 32 036 Aussperrte 1 512 771 Tage. Aussperrt wurden auch 7825 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitszeitverlust entfallen. Die Kosten der Aussperrungen beliefen sich auf 1 798 801 Mk., worin die Ausgabe für Aussperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Diese Ausgabe ist in der für Abwehrstreiks mitverrechnet. Von den Aussperrungen endeten 32 = 39 Prozent erfolgreich für die Arbeiter, 13 = 15,8 Prozent teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 Prozent erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Ueber die Waiaussperrungen wird von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise für die Statistik berichtet, weil die Sache in den meisten Fällen ohne Inanspruchnahme der Zentralverwaltung ihre Erledigung findet. Die in der Statistik angeführte Zahl der Waiaussperrungen erreichte nicht annähernd die Zahl der tatsächlich am 1. Mai erfolgten Aussperrungen.

Ueber die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42 427 männliche und 3437 weibliche verheiratet waren, die 97 427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also trotz amtlicher Statistik keine unreifen Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Beigelegt wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 152 Fällen durch Vermittlung der Solalverwaltung der Organisierten, in 218 Fällen durch Vermittlung des Zentralvorstandes, in 47 Fällen durch Vermittlung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1698 mal von den Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen versucht wurde und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 mal rundweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen beliefen sich im Jahre 1902 auf 5 080 984 Mark. Davon kamen 4 511 612 Mk. = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 Mark durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61 471 Mark durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336 799 Mark durch Sammlungen und 40 343 Mk. vom Auslande. In den Jahren 1890 bis 1903 verursachten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24 163 054 Mk., wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387 834 Mark an Unterstützungsgeldern gesandt.

Der Prozentsatz der Ausgaben, der aus der Bandskasse kam, war im Jahre 1903 geringer, als im Vorjahre. Es ist dies durch die Unterstützungen, die für die größeren Aussperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeitererschaft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtsloser denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeitererschaft stärken und diese zu erhöhter Tatkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmer-Organisationen gewachsen sein wird.

Die Lage der Arbeiter in Papierfabriken.

I.
Unsere Organisation ist zuständig für die bei Verfertigung von Papier und Pappe, Delpapieren, Steinpappe, Papiermache beschäftigten Arbeiter. Nach der Gewerbestatistik vom Jahre 1895 gab es in Deutschland 1055 derartige Betriebe, die 45 888 organisationsfähige Personen beschäftigten. Von dieser Zahl hat sich bislang nur eine geringe Anzahl der Organisation angeschlossen. In den nachfolgenden Orten domizilieren Papierfabriken, auch unsere Organisation hat da Eingang gefunden: Regensburg, Harburg, Wschaffenburg, Berlin, Pegge bei Reuppen, Ammendorf, Arnsdorf i. Schl., Alfeld a. d. Leine, Burgen, Technik i. Anh., Ottenen, Hirschberg i. Schl., Calbe a. d. Saale, Cöslin, Coswig, Gröllwitz-Halle, Heidenau, Weiskens a. d. Saale, Merseburg, Dessau, Dresden, Celle, Holzwinden, Oerröhlau, Gmund, Jabna, Hanau, Plauen i. Bogl., Ohrdruf, Göppingen, Schmiedeberg i. Schl., Rodau i. S., Weimar, Augsburg, Osterode a. S., Eytzra b. Leipzig, Kottheim bei Mainz, Schneeb. a. d. Elbe, Bernburg, Eplingen, Adenid, Bruchsal, Zwidau i. S., Noplan, Raguhn i. Anh., Westerhäsien, Kossen i. S., Brudmühl i. S., Duffeldorf, Penig i. S., Heilbronn, Sebnitz i. S., Wittenhausen, Baugen, Bungenau i. S., Waldhof bei Mannheim. Die Zellstofffabrik Waldhof hatte im Jahre 1901 70 Dampfmaschinen mit 6500 Pferdestärken und beschäftigte 2000 Personen. Sie ist bekannt wegen der hohen Dividende, die sie jährlich an ihre Aktionäre auszuschütten in der Lage ist. Sie zahlte im abgelaufenen Jahre 16 Prozent. Die Barziner Papierfabrik brachte es auf 16 Prozent. Die Alfeld-Bronauer Papierfabrik gab 6 Prozent, die Arnsdorfer ebenfalls 6 Prozent, die Wschaffenburger 8 Prozent, die Gröllwitzer Fabrik gab 12 Prozent, die Elberfelder 20 Prozent, die Norddeutsche Lederpappfabrik 9 Prozent, das ergibt eine Durchschnittsdividende von 11,6 Prozent. Ein netter Dividendenfuß, der die Rentabilität anderer Fabrikationszweige, mit Ausnahme der Brauereien, Zuckerraffinerien, chemischen Industrie, Porzellan, Glas und Steingut, erheblich übertrifft. Nicht aber übertrifft die Papierindustrie in der Arbeiterbezahlung die übrigen Fabrikationszweige. Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft weist für 71 845 Bollarbeiter im Jahre 1902 eine Lohnsumme von 50 659 061 M. aus; das ist ein Jahresdurchschnittslohn von 705 M. 12 Pf. Von den übrigen Berufsgenossenschaften weisen 57 einen höheren Jahresdurchschnittslohn aus, darunter die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft einen solchen von 847 M. 09 Pf.; nur 8 rangieren mit den Lohnsätzen hinter der Papiermacher-Berufsgenossenschaft!

Dies Faktum spricht Bände über die Arbeiterfreundlichkeit der Zellstoffverarbeiter. Der fette Profit fließt in ihre Taschen!

Die Papiererzeugung betrug in Deutschland 1878 244 300 Tonnen à 1000 Kilogramm, 1891: 319 500 Tonnen, Zunahme 31 Proz. 1895: 500 000 57

Die Erzeugung aller Papierarten ist in den 17 Jahren, von 1878 bis 1895, um 105 Prozent gewachsen. Bei gleichbleibendem Verbrauch würde die gesteigerte Erzeugung ungünstige Verhältnisse für die Papierfabrikanten geschaffen haben. Die Zunahme der Fabrikation würde dann Ueberangebot der Ware und deren Herabsetzung im Preise zur Folge gehabt haben. Sehen wir daher einmal zu, wie es in der gleichen Zeit mit dem Papierverbrauch in Deutschland gewesen ist.

| (Es verbrauchten im Jahre) | 1840 | 1878 | 1895 |
|------------------------------|---------------------------|---------|---------|
| | in Tonnen à 1000 Kilogr.: | | |
| Die Staatsverwaltung | 3300 | 28 500 | — |
| Die Schulen und Wissenschaft | 1900 | 28 500 | — |
| Der Handel und Verkehr | 3900 | 23 800 | — |
| Die Industrie | 2200 | 19 040 | — |
| Die Bücher und Zeitchriften | 8800 | 123 760 | — |
| Der Privat- und Postverkehr | 1760 | 14 280 | — |
| Zusammen: | 22 000 | 238 000 | 335 000 |

*) Nach R. E. May. Die Statistik in Bergangsjahr. Gegenwart und Zukunft. S. 241.

Nach diesen Zahlen ist in den Jahren 1840 bis 1878 eine Zunahme des Verbrauchs von 982 Prozent zu verzeichnen, in den Jahren 1878 bis 1895 eine weitere Zunahme von 62 Prozent. Bringt man die Verbrauchsziffern aus dem Jahre 1878 und 1895 in Vergleich, so ergibt sich eine Zunahme des Verbrauchs um 1650 Prozent. In der gleichen Zeit betrug die Bevölkerungszunahme 60 Prozent. Die Zunahme des Papierverbrauchs war also 28 mal größer als die Zunahme der Bevölkerung. Der Papierverbrauch für Bücher und Zeitchriften ist um das vierzehnfache gestiegen. Ohne allen Zweifel hat an diesem Aufschwung auch die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung Anteil, die das Bildungsbedürfnis der Massen angeregt und gefördert hat. Neben der Verbrauchszunahme, die als günstige Preisbildung wirken mußte, kommen nun noch der in gleicher Weise wirkende Einfluß des Druckpapierhandels und eine willige, gestiegene Arbeiterkraft hinzu. Da konnte es den Papierfabrikanten auch bei gesteigerten Holzpreisen an unerschöpflichen Beschäftigungsergebnissen nicht fehlen.

Als Zahlungsmittel ist auf den Papierfabriken die Kaffordarbeit vorherrschend, verschärft durch ein höchst

raffiniertes Prämiensystem, das den Arbeiter an die Fabrik bindet und seine Leistungsfähigkeit auf das äußerste anstrengen soll. Nun ist die Arbeit auf den Fabriken für Schleifer, Kocher, Maschinenführer usw. derart eigen und heftig, daß Kaffordarbeit als das allerungeeignete Lohnsystem erscheinen muß, weil bei diesem der Arbeiter nie die Sorgfalt auf das Gelingen seiner Arbeit so anwenden kann, wie bei Lohnarbeit. Da hilft denn ein grausames, rücksichtslos gelbes Strafsystem nach. Das Witzigen oder weniger gutes Ausfallen der Arbeiten wird unnachlässiglich mit Geldstrafen belegt.

Ausreichende Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten und zu einer kurzen Erholung des abgerackerten Körpers gibt es für viele auf Papierfabriken beschäftigte Personen nicht. Das Mittagsmahl muß in einer kurzen Pause hinuntergeschlungen werden, dann gilt es wieder 'Aug' und Ohr der Arbeit zu widmen. Kein Wunder, wenn dann Krankheiten und Unfälle nicht seltene Begleiter der Arbeiter sind. Für das Jahr 1902 hatte die Papiermacher-Berufsgenossenschaft für 706 Unfälle Entschädigungen festzustellen. Auf 1000 versicherte Personen kamen 9,81 Verletzungen, 22 Berufsgenossenschaften wiesen eine höhere Verletzungsziffer pro Tausend auf; das beweist, daß die Arbeit auf Papierfabriken zu der gefährlichsten mit gehört. Von den Unfällen verletzten 53 tödlich. Die Getöteten hinterließen 40 Witwen mit 113 Kindern. Böllige dauernde Erwerbslosigkeit hatten 10 Unfälle zur Folge und 369 teilweise dauernde Erwerbslosigkeit. Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit brachten 274 Unfälle. Die rügelteilten Tatsachen würden es an und für sich rechtfertigen, daß erstere, die Papierarbeiter, einen besseren Schutz in der Organisation suchten und daß zum andern die Gesetzgebung dem ausgenutzten, schwer bedrückten Arbeiter einen vermehrten Schutz angeheben ließe, der Ausbeutung die Krallen stülze. Wie wir aber in einem folgenden Artikel sehen werden, ist das Streben vorhanden, die färglichen Schutzvorschriften, die unsere als sozialpolitisch verschriene Gegenwart für die Schutzbedürftigen in der Papierindustrie aufweist, zu übertreten.

Gewerbliche Hautkrankheiten.

In dem Jahresberichte der preussischen Gewerbetür für 1903 widmet Gewerberat Garrels in Frankfurt a. O. einer bei den Walkern und Färbern hauptsächlich an den Händen, Armen und Beinen sich zeigenden, höchst lästigen und langwierigen Hauterkrankung eine längere Erörterung. Dieses Leiden, das sich in juckenden Knötchen und Pusteln zeigt, trat früher nur vereinzelt auf, hat aber in letzter Zeit sehr an Ausbreitung zugenommen. Es hindert in den meisten Fällen nicht die Fortsetzung der Arbeit; nur in acht Fällen sahen sich im vorigen Jahre Arbeiter im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. gezwungen, die Arbeit in den Walkereien ganz aufzugeben. Durch das andauernde Hautieren in warmen bis heißen Flüssigkeiten findet eine starke Erweiterung und Auflockerung des Hautgewebes der Hände und Unterarme bei diesen Arbeitern statt, infolgedessen leicht Hautrisse und Schürden auf ihnen bei der Arbeit entstehen, in welchen dann die Bakterien vermehrten Zugang findet, was zur Entstehung der stark juckenden Pusteln, Bläschen und Knötchen Anlaß gibt, die sich durch Aufreiben beim Kratzen verbreitern und zu größeren oberflächlichen Geschwüren ineinanderfließen, wobei das Laßgefühl in den Fingern allmählich schwindet und deren Heilung nur sehr langsam, oft erst nach Jahr und Tag erfolgt.

Namentlich in den Kausiger Tuchfabriken macht sich diese Erkrankung in den letzten Jahren mehr bemerklich, jedoch an den einzelnen Orten in verschiedener Stärke. So erkrankten 1903 in Jockt von den in 69 Betrieben beschäftigten 202 Walkerearbeitern davon in 24 Betrieben 35 Walker und 7 Färbereiarbeiter; in Rotibus von in 25 Betrieben beschäftigten 90 Walkern in 5 Betrieben 8 Walker und 1 Färber; dagegen in Sprembe: von in 23 Betrieben beschäftigten 68 Walkern nur 2 Walker und 1 Färber, und in Sommerfeld überhaupt nur 1 Walker.

In Jockt veranlaßte das starke Ausbreiten dieser Erkrankungen die Einberufung einer Versammlung, um die Ursachen der Krankheit und Maßregeln gegen die Ausbreitung derselben zu erörtern. Die Ärzte verordneten dagegen einfache Salben, die sich jedoch als wirkungslos erwiesen. Die meisten Erkrankten verschaffen sich durch Hausmittel einige Binderung. Es wurden verschiedene Ursachen für die Erkrankung angegeben: schlechte Erisen, Ballföle und Säuren, und man einige sah zu der Niederlegung einer Kommission, die sich auch mit der Fabrikinspektion behufs genauerer Untersuchung der betreffenden Verhältnisse in Verbindung setzte. Die Fabrikinspektoren richteten ihr Augenmerk auch auf die Lehnart des Walkens, die darin besteht, daß die gewebten Tuche zur Entfernung des Spinnmöls und zur Reinigung zunächst in der Waschmaschine, oder wenn sie gleichzeitig gefärbt werden sollen, in der Bohwalle mit Seife und Soda usw., in anderen Fabriken ohne Soda, nur mit Seife und Seifenpulver eine bis zwei Stunden behandelt werden. Je nachdem leichter oder schwerer verzeifbare Fette zum Einsetzen der Walle verwendet wurden, ist zum Entfernen derselben aus dem Gewebe eine kleinere oder größere Menge von Seife, Soda usw. nötig. Nach dieser Arbeit, die die Walker "Gerber" und die dazu benutzte Flüssigkeit den "Gerber" nennen, werden die Tuche in Wasser gewaschen und in der Zyanderwalle dem eigentlichen Walkprozeß unterworfen, der be-

zweckt, die Tuche zu flüzen und ineinander gehen zu lassen, um sie vor späterem Eingehen zu schützen und ihnen "Schlupf und Kraft" zu geben.

Es wird nun übereinstimmend von allen erkrankten Walkern gesagt, daß sie die Pusteln und Knötchen beim Gerben bekommen; aber die Beobachtungen der Fabrikinspektoren haben ergeben, daß in neun Fällen auch Färbereiarbeiter von dieser Hautkrankheit betroffen wurden, die fast gar nicht mit Seife oder Sodablösung in Berührung gekommen waren, wohl aber mit den zum Färben benutzten Farben und Beizen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes konnte man feststellen, daß auch bei den Walkern die Krankheit nur da aufgetreten ist, wo, wie in Jockt und Rotibus, das Material in der Regel in der Walle oder im Garn gefärbt wird und die Tuche in gefärbtem Zustande in die Walle kommen, während in Sommerfeld, Spremberg und anderen Orten, wo die Stoffe meist ungefärbt gewalkt und erst nachher im Stück gefärbt werden, nur wenig oder gar keine solche Erkrankungen vorkommen. Auch die beiden in Spremberg erkrankten Arbeiter haben sich die Ausschläge beim Walken schon gefärbter Stücke zugezogen. Während man sich zum Färben von Walle und Wollstoffen für Färbfarben jetzt fast nur der Teerfarbstoffe bedient, verwendet man zur Erzeugung ganz dunkelblauer und schwarzer Farbtöne noch wie bisher Blauholzanzüge mit Kaliumbichromat als Beize. Aber während man früher erst beizte und dann färbte, also zwei Bäder nötig hatte, färbt man seit einigen Jahren erst in dem mit den nötigen Zusätzen versehenen Blauholzabfud und bringt dann das Beizmittel gleich in dasselbe Farbbad, worauf sich die gewünschte Farbe gleich in demselben Bade auf dem Stoffe entwickelt. Hierbei werden die Stoffe mehr geschont und man spart gleichzeitig an Zeit, Arbeit und Dampf.

Aber gerade seit Einführung dieser neuen Färbemethode erkrankten die Walker beim Walken der gefärbten Stoffe. So erkrankt ein bei einer Firma schon 31 Jahre als Walker beschäftigter Arbeiter seit 5 Jahren an dieser Hautkrankheit und ebenso lange ist die neue Färbemethode in diesem Betriebe eingeführt. Dasselbe war bei einem seit 29 Jahren als Walker beschäftigten Arbeiter der Fall, der vor 3 Jahren infolge des Wechsels der Färbemethode erkrankte. Ein ähnliches Zusammentreffen wurde noch bei 18 anderen Walkern nachgewiesen. Werden die so gefärbten Stoffe vor dem Walken erst gut in fließendem Wasser ausgelaugt, so verurursachen sie bei den Walkern nur wenig Pusteln, umso mehr aber, wenn die Stoffe noch voll von überflüssiger Farbe und Beize an den Gerber kommen, da sie, wie der Walker sagt "bluten", d. h. an den Gerber noch viel Farbe und Beize abgeben. Die Farbstoffe: Blauholz, Gelbholz und Alizarin, sowie die weiteren Zutaten zu den Farbbädern, wie Glaubersalz, Alaun, Eisenvitriol und Schwefelsäure, haben noch niemals Hautausschläge hervorgerufen, wohl aber das Beizmittel, das Kaliumbichromat oder doppelt chromsaures Kali, wie Färbereiarbeiter vielfach zu erfahren Gelegenheit haben, denn es wird unter anderem als Beize auf Türkisch-Rot benutzt, und das schon bei seiner Fabrikation den dabei Beschäftigten in einer Weise nicht nur für die Hände und Arme, sondern namentlich auch für die Nase sehr gefährlich wird, daß sich der Bundesrat veranlaßt gesehen hat, spezielle Schutzbestimmungen für die in Alkalicromatfabriken beschäftigten Arbeiter zu erlassen. Bei der quantitativen chemischen Untersuchung von 4 Proben von dem zum Walken benutzten Gerbern, die auf Veranlassung des Gewerbeinspektors vorgenommen wurde, konnten Chromsalze in denselben nachgewiesen werden, und zwar auf Kaliumbichromat berechnet 0,15, 0,29, 0,44 und 0,63 Gramm pro Liter.

Hiermit ist der Weg gezeigt, den man zur Verhütung der Krankheit einzuschlagen hat. Man achte streng darauf, daß die nach der neuen Methode in einem einzigen Bade gefärbten Stoffe nicht nur nicht "bluten", sondern erst in fließendem Wasser so gut gespült werden, daß sie keine Spur von dem Chromat mehr an den Gerber abgeben können. Schlechte Erise, ranziges Del z. können allerdings auch die Haut an den Händen der Walker beschädigen, sie sollen daher auch nicht verwendet werden; aber dieses hartnäckige, unerträgliche Leiden, wie es das Chromat hervorruft, können jene Stoffe nicht erzeugen.

Das Kalium- (und Natrium-) Chromat ist leider noch zu vielen anderen technischen Zwecken seiner stark oxydierenden Eigenschaften wegen nicht zu entbehren, so zum Bleichen von Wachs, Palmöl und anderen Ölen und Fetten, zur Herstellung der schwedischen Zündhölzer, zum Beizen von Schirmstöcken z., zur Umwandlung von Anthrazen in Anthrachinon zwecks Herstellung von Alizarin und zu anderen chemischen Arbeiten. Auch in diesen Betrieben werden die Arbeiter von schmerzhaften Hautausschlägen betroffen, die nachgewiesenermaßen durch das verwendete Chromat verursacht werden, und zu denen, wenn dabei eine Verunreinigung des Materials stattfindet, noch höchst schmerzhafte Nasenerkrankungen kommen. Für die Anlage und den Betrieb der Alkalicromatfabriken, in denen das hier erwähnte Kaliumbichromat hergestellt wird, sind vom Reichslanzler Arbeiterchutzbestimmungen erlassen. Hier dürfen keine Frauen und jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, hier müssen allen Arbeitern besondere Arbeitsanzüge geliefert werden, sind Bäder vorgeschrieben, stehen die Arbeiter vom Eintritt in die Fabrik an unter ärztlicher Kontrolle, um sie vor Gesundheitsschädigungen durch das Chromat zu schützen.

Dieses übt seinen gesundheitsgefährdenden Einfluss doch nicht nur in den Fabriken, in denen es hergestellt wird, aus, sondern ganz ebenso auch in denen, wo es verwendet wird. Über hier fehlt bis heute meist gänzlich der Schutz, und unter dieser Säure der Gefährdung haben die Arbeiter empfindlich zu leiden. Diese Gefahr, die sich auch in betreff anderer Giftstoffe findet, ist das große Übel unserer ganzen Arbeiterklasse, und die Arbeiter dürfen in ihrer Agitation nicht raufen, bis immer mehr diese Säuren ausgefällt werden. Daher müssen auch die Arbeiter in anderen Betrieben, wo sie von durch verunreinigtes Chromat verursachten Hauterkrankungen befallen werden, ebenfalls durch gesetzliche Bestimmungen geschützt werden. Es müssen bei solchen Arbeiten Vorkehrungen angeordnet werden, seien es maschinelle Einrichtungen, um eine direkte Berührung der Hände und Arme mit dem gelösten oder trockenen Arbeitsmaterial, dem Chromat, zu verhindern.

Vom sozialen Kampfplatze.

Der Zugang von Sicherheitsarbeitern ist aufs strengste von Berlin fernzuhalten.

— **Expend.** Die Firma Pfleger, Akkumulatorenwerke, Cöpenick und Oberschöneweide, beabsichtigen die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verlängern. Die Betriebe sind streng zu meiden.

— **Weiskessels.** Eine zu Sonnabend, den 20. August, einberufene Versammlung beschloß, soweit die Arbeiter in Frage kommen, die Aufhebung des Kampfes. Da der Ort noch eine ziemlich Anzahl Arbeitswilliger aufzuweisen hat und die Unternehmer mit Einstellung Ausgesperrter noch sehr zurückhaltend sind, so ist Zugang noch fernzuhalten.

— **In Sanderberg** sind Differenzen zwischen den Kohlenimporturen und Gasenarbeitern ausgebrochen, der Zugang ist fernzuhalten. Ferner sind Differenzen in Wülheim a. Rhein auf der Fabrik feuerfester Steine, Forsbach u. Ko., ausgebrochen. Auch hier ist der Zugang fernzuhalten.

— **In Nedderrunde** haben auf der Bindischen Ziegelei beschäftigte 9 Kollegen in der Woche vom 16. bis 20. August die Arbeit niedergelegt. Nach vier-tägiger Dauer des Streiks wurden die geforderten 1,15 Ml. pro Wille Streicherlohn bezahlt.

— **Gummiarbeiter!** Am 23. August legten sämtliche Schlauchmacher der Norddeutschen Gummi- und Guttaperchawarenfabrik vormals Fontrobort u. Reimann, Berlin, Tempelhofer Ufer 17, die Arbeit nieder. Grund: Fortgesetzt bedeutender Lohnabzug. Der Zustand wurde dann nach 1 1/2-tägiger Dauer beendet. Die angebotenen Verhandlungen führten zur Beilegung der Differenzen. Die gemachten Abzüge wurden aufgehoben; die Schlauche werden zu den Preisen wie seither angefertigt. Mit der Berechnung nach Gewicht sind die Kollegen auch nicht einverstanden. Es wurde zugesagt, die Bezahlung nach Maß einzuführen. Die Ausarbeitung einer Tabelle ist zugestanden. — (Die Differenzen sind erst dann als vollständig erledigt anzusehen, wenn diese Zusagen zur Zufriedenheit der Kollegen ausgeführt worden sind. Bis dahin haben Schlauchmacher Arbeitsangebote der Firma unbeachtet zu lassen. D. R.)

— **Magdeburg.** Die auf der Rissenfabrik von E. Jessen beschäftigten Kollegen forderten am 2. August die Erhöhung des Stundenlohnes um 9 Pf., Erhöhung des Preises für Akkordarbeit um 15 Prozent, für Ueberstunden einen Zuschlag von 10 Pf., Wahl eines Arbeiterausschusses, vorherige Festsetzung des Lohnes bei neu einzuführenden Akkordarbeiten. Wenn Ueberstunden unbedingt erforderlich sind, sind diese am Vorabend bekannt zu geben. Die Mittagspause soll um eine Viertel Stunde verlängert, die Besperpause um eine Viertel Stunde verkürzt werden. Sonnabends fällt die Besperpause aus, und ist dafür um 5 1/2 Uhr Feierabend. Durch die angebotenen Verhandlungen wurden ohne Arbeitseinstellungen diese Forderungen bewilligt.

Die auf Brandts Zichorienfabrik beschäftigten Kolleginnen und Kollegen stellten am 3. August eine Forderung: für sämtliche Personen eine Lohnzulage von einer Mark pro Woche, für Akkordarbeit 10 Prozent Zuschlag. Zehntägige Arbeitszeit. Es wurde gewährt: Die zehntägige Arbeitszeit, für Lohnarbeit 50 Pf. pro Woche mehr, den Akkordarbeitern wurde ein Zuschlag von 7—7 1/2 Prozent zugestanden; für die Arbeiterinnen war nichts herauszubekommen.

Auf der Ziegelei von Wienert u. Sog. wo vor kurzer Zeit erst eine Arbeitseinstellung zu verzeichnen war, haben die Kollegen am Morgen des 18. August die Arbeit wieder eingestellt. Der Grund war eine vorgenommene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die an den Maschinen beschäftigten Kollegen sollten sich die Erde selbst aufladen. Das bedeutete für sie einen Lohnausfall von 4 Mark pro Woche. Daher verlangten sie, die Firma sollte einen Mann zum Aufladen der Erde stellen und diesen auch bezahlen. Verhandlungen scheiterten. An der Arbeitseinstellung sind 20 Kollegen beteiligt. Am Sonntag, den 21. August, gelang es, mit den Unternehmern zu unterhandeln und eine Regelung der Streitpunkte herbeizuführen, mit der die Kollegen sich einverstanden erklärten.

Der Streit auf den Gärtenfabriken, vormals Beyer, in Beverlufen ist noch nicht beendet. Trotz aller entgegenstehenden Ermahnungen der Direktion übt er auch für diese unangenehme Wirkung aus. Wie wären sonst ihre transportbesten Versuche, Arbeitswillige zu bekommen, zu erklären?

Ein Transport von Arbeitswilligen, der von Danzig über Berlin nach der unbesetzten Fabrik am schönen Meien gebracht werden sollte, wurde ohne Nummer. Berliner Arbeiter hatten es für gut angesehen, die Arbeitswilligen über die Höhe, die sie spielen sollten, und das Los, das ihnen bevorstand, aufzuklären. Es waren 55 Mann, die in Danzig den Weibern ins Garn gegangen waren. Als der Zug der Arbeitswilligen sich anschickte, Berlin zu verlassen, war die Zahl der mitleidigen Elemente auf 11 herabgesunken. Diese wurden zunächst durch 3 Arbeiter, 1 Polizeikontrollant, 1 Wachtmeister und 10 Schutze. Ein Bild zum Photographieren. Von den 11 Arbeitswilligen wurden 10 unterwegs noch vier, so daß ganze Neben die Gesinde der Gärtenfabrik betreten. Die Arbeitswilligen, die der Fabrik ihre Dienste widmen, müssen eine besonders hohe Meinung von dem Wert ihrer werten Persönlichkeit haben, benachmen sie sich doch in einer Nacht wie Feinde in einer eroberten Stadt. Das wird ihnen übrigens nicht gut bekommen. Wie berichtet wird, demolierten sie in Biesdorf einem Einwohner die Fenstergehäusen und trafen sonst allerlei Unfug. Der Bürger wandte sich wegen Schadenfall an die Direktion. Die mochte natürlich weder die moralische noch materielle Verantwortlichkeit für das Treiben ihrer Schutzbesoldeten tragen. Sie schrieb dem Bürger folgendes:

Es ist uns unverständlich, wie Sie dazu kommen, berechtigte Ansprüche an uns zu erheben, da nach Ihren eigenen Angaben die Beschädigung Ihres Hauses durch Besuchen von Steinern und nicht mit den in Bezug unserer Arbeiter befindlichen „Angelegenheiten“ verursacht worden ist. Schon aus diesem Grunde entbehrt also Ihre Forderung jeder Begründung. Mit den angeführten „Angelegenheiten“ hat es übrigens folgende Bewandnis. Nachdem eine Anzahl unserer Arbeiter bei verschiedenen Gelegenheiten auf dem Wege von und zur Fabrik von Streikenden überfallen worden waren, haben wir allen Arbeitern, die dies wünschten, bei unseren Fortiers gute Spazierstöcke, keine „Angelegenheiten“ zu ihrer Verfügung gestellt. Die in Ihrem Briefe erwähnten auswärtigen Arbeiter, welche bei uns in der Fabrik wohnten, haben solche Spazierstöcke von uns nicht erhalten. Es ist ja möglich, daß sie sich dieselben sonst beschafft haben.

Das freitende Arbeiter Arbeitswillige überfallen haben sollen, ist eine der unkontrollierbaren schamhaften Behauptungen. Interessant ist, daß die Firma eingesteht, die Spazierstöcke den Arbeitswilligen zu deren Schutze zur Verfügung gestellt zu haben. Die Spazierstöcke haben einen Umfang von 150 Millimeter und 70 bis 80 Millimeter lange Eisenwingen. Knüttel sind das nicht! Diese keine Unterabteilung zwischen Knüttel und Spazierstock erkennen an jenen Baner, der vor Gericht behauptete, seinen Gegner nur mit dem Taschentuch geschlagen zu haben. Der Richter freilich meinte: „Dien Taschentuch kann ich, da wolle ich die Maß mit der Faust.“ Und wir kennen die Spazierstöcke. Die Arbeitswilligen gehen eben mit Knütteln spazieren. Der Verband der Arbeitgeber des bergischen Industriebezirks hat auch zum Streit Stellung genommen, natürlich haben bei ihm die Arbeiter Unrecht, zumal er sich die Prüfung der Klagen der Arbeiter recht leicht macht.

Mittlerweile erfolgte von Seiten der Direktion eine neue Bekanntmachung, in der es heißt: Wir haben schon durch wiederholte Anschläge bekannt gemacht, daß wir für jetzt und in Zukunft Angehörige aller Gewerkschaften, welche uns so schwer beleidigt und geschädigt haben, für die Folge nicht mehr bei uns dulden werden. Um nach dieser Richtung hin volle Klarheit im Interesse unserer Arbeiter zu schaffen, bitten wir jeden derselben, auf nachstehendem Schein bestelliger zu wollen, daß keiner mehr dergleichen Organisationen angehört, und auch nicht gewillt ist, so lange er bei uns tätig ist, denselben beizutreten. Den Arbeitern unserer sämtlichen bergischen Fabriken aber, welche in dem uns angezwungenen Kampfe treu zu uns gestanden haben, wollen wir unsere besondere Anerkennung dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir, in Ergänzung unserer zahlreichen Wohlfahrtsleistungen und, obgleich wir schon heute zu unserer Krankenkasse außer dem gesetzlichen Beitrag einen freiwilligen in Höhe der Mitgliederbeiträge entrichten, von jetzt an jedem, der ein Jahr lang bei uns gearbeitet hat und einer anderen Krankenkasse als derjenigen unserer Fabrik nicht angehört, in den Fällen der Krankheit 50 Prozent des Krankengeldes als besonderen, nach Ablauf der Krankheit zu erhebenden Zuschuß bewilligen. Außerdem steht selbstverständlich jedem Arbeiter bei seiner Erkrankung oder derjenigen seiner Angehörigen das Recht zu, weitergehende Zuschüsse aus dem Arbeitslosenunterstützungsfonds zu beantragen. Ein diesbezügliches Statut wird besonders zugestellt.

Gegen das Vorgehen einiger Berggewerkschaften aus den Bergwerksbetriebsbetrieben sollen die Arbeiter auf ihr wichtigstes Recht, das Koalitionsrecht, verzichtet, und zwar für alle Zeiten. Selbstbewußte Arbeiter wollen keine sogenannte Wohlthaten, sondern ordentlichen Lohn und unabhängige Behandlung. Wenn die Direktion der Bayerschen Farbwerke die Arbeiter von vornherein menschenwürdig behandelt hätte, statt sie jetzt mit Wohlwollen, Selbigschneiderei und Spazierstöcken zu überschütten, so wäre es zu einem Streit nicht gekommen. Der Streit dauert fort! Zugang ist fernzuhalten!

— **Zur Ausperrung im Raigan.** In einer am 18. August in Frankfurt tagenden Versammlung machte Genosse Bömelburg, Vorsitzender des Raiganverbandes, einige Mitteilungen über die Kosten, welche die Ausperrung verursacht. In Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden wurden in den vier Wochen 242 000 Mark an Unterstützung ausbezahlt. Der Raiganer Streik kostete im vorigen Jahre 55 000 Mark und in diesem Jahre 68 000 Mark. Im ganzen Ausperrungsgebiete wurden in den letzten sieben Jahren über 400 000 Mark für Lohnbewegungen ausgegeben. Es sei deshalb auch für die Arbeiter gut, wenn jetzt einige Jahre Frieden im Gewerbe herrsche.

— **Bremen.** Auf Veranlassung des Gewerberichters Herrn Dr. Meyer hielten am 11. August Beamtente der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bausegewerbe eine Konferenz ab, um über die Möglichkeit einer eventuellen Einigung zu verhandeln.

Der Verhandlung wurden die von den Arbeitgebern angebotenen Lohn- und Arbeitsbestimmungen ab 1. April 1904 zugrunde gelegt. Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich zu den Bedingungen bereit. Sie wollten sie ihre Forderung der sofortigen Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 65 Pf. dahin mitteilen, daß bis zum 1. April 1905 zu den jetzigen Lohnsätzen weiter gearbeitet werden sollte, dann sollte eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 1/2 Pf. und am 1. April 1906 eine abermalige Erhöhung um 2 1/2 Pf. eintreten. Die Vertreter der Arbeitgeber lehnten dies Angebot ab und verlangten, daß bis zum Jahre 1906 überhaupt keine Lohnbewegung platzgreifen sollte. Natürlich lehnten die Vertreter der Arbeiter diese Zumutung rundweg ab. Ferner schiederte die Einigung an der Unmöglichkeit der Unternehmer bezüglich der Punkte 10, 11 und 12 der Bestimmungen. Es sind dies die eigentlichen Gehaltsbestimmungen. Sie heißen:

10. Diejenigen Gesellen, welche ohne Einwilligung des Arbeitgebers den 1. Mai, sofern derselbe auf einen Werktag fällt, feiern, sind zu entlassen und dürfen innerhalb 14 Tagen nicht wieder eingestellt werden.

11. Das Kontrollieren der Bauten, Verteilen von Stimmzetteln u. dergl. von nicht auf der Baustelle beschäftigten Personen ist verboten und wird als Hausfriedensbruch verfolgt werden.

12. Das Agitieren für Betriebszwecke, sowie das Delegieren-System ist auf den Bauten und Arbeitsplätzen verboten.

Natürlich konnten die Vertreter der Arbeiter auf diese Bestimmungen nicht eingehen, zumal sie in einem Tarif überhaupt nicht hineingehören. Da die Unternehmer aber von diesen Forderungen nichts ablassen wollten, so mußte der Einigungsversuch trotz der redlichsten Mühe, die sich Herr Dr. Meyer gab, als erfolglos aufgegeben werden.

Gerichtliches.

— **Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes** stand am 24. August Kollege Brey in seiner Eigenschaft als Vorsitzender unseres Verbandes vor der Berufsungs-Strafkammer zu Hannover. Es handelte sich um eine Auflage des Polizei-Präsidenten, nach welcher Brey die Bevollmächtigten der Zahlstellen und die Orte, in welchen der Verband Einzelmitglieder hat, der Polizei bezeichnen sollte. Brey weigerte sich, dies zu erfüllen, gestützt auf den § 2 des preussischen Vereinsgesetzes, der nur eine Einreichung der Statuten und Verzeichnisse der Mitglieder und der Abänderungen der Statuten und im Mitgliederbestande vorschreibt. Auch die im § 2 vorgeschriebene Auskunftserteilung an die Polizei bezieht sich nur auf Statut und Mitgliederverzeichnis. Die Polizei verlangt also etwas, das im preussischen Vereinsgesetz weder vorgeschrieben, noch überhaupt mit einem Worte erwähnt ist. Die Polizei stellte Strafanktrag gegen Brey. Dieser wurde aber am 29. Juni vom Schöffengericht freigesprochen. Dagegen legte der Staatsanwalt Berufung ein. Er begründete die Berufung damit, daß die Polizei die Auskunft verlangen könnte. Wenn das Gesetz ein Recht gäbe, dem gäbe es auch die Mittel, das Recht auszuüben, und dieses seien Anzeige und gerichtliche Verurteilung. Mit dieser neuen Beleuchtung des polizeilichen Verlangens hatte aber der Staatsanwalt auch keinen Erfolg. Die Berufungskammer wies die Berufung unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten zurück und sprach Brey frei. Begründend führte der Präsident aus, daß das Gericht die Gründe der Vorinstanz vollinhaltlich teile. Der § 2 des Vereinsgesetzes berechtige die Polizei nicht, Auskunft zu verlangen, wer Vorsitzender einer Zahlstelle ist oder in welchen Orten Mitglieder wohnen. Nur Namen und Wohnort der Mitglieder könne die Polizei verlangen. Daher sei der Angeklagte nicht verpflichtet gewesen, der Polizei ein Verzeichnis der Orte, wo die Mitglieder wohnen, einzureichen, noch viel weniger, die Bevollmächtigten der Zahlstellen anzugeben.

Soziale Rundschau.

— **Zum Stande des Arbeitsmarktes im Monat Juli** bemerkt das Reichsarbeitsblatt: Der Monat Juli hat eine Aenderung in der Gesamtsituation des Arbeitsmarktes nicht gebracht. Es kam, wie regelmäßig in diesem Monat, eine gewisse sommerliche Stille in einer Anzahl von Gewerben zum Ausdruck. Diese Erscheinung trat in diesem Jahre noch stärker auf wegen der ungewöhnlichen Trockenheit des Monats Juli, welche erhebliche Störungen der Stromschiffahrt und der auf diese angewiesenen Industrien zur Folge hatte. Insbesondere litten unter diesen Verhältnissen die Kohlen- und Eisenindustrie, sowie die Materialbeschaffung für das Baugewerbe. Die Konjunktur in der Kohlenindustrie und der Roheisenindustrie hat im Juli eine Besserung nicht erfahren, die Verhältnisse in der elektrischen und chemischen Industrie waren weiter normal, dagegen scheint es, als ob die Textilindustrie (Baumwollenindustrie) unter den Rückwirkungen der starken Preisschwankungen ihres Rohstoffes zu leiden begäme. Der Verkehr an den Arbeitsnachweiser war lebhaft und stärker als in dem gleichen Monat des Vorjahres; landwirtschaftliche Arbeitskräfte wurden sehr begehrt, waren aber nur in ganz unzulänglichem Maße vorhanden. Die Beschäftigungsziffer bei den berichtenden Krankenkassen fiel um 3157 Personen, was im wesentlichen aus dem Abströmen von Personal in die Badeorte und die Landwirtschaft, sowie aus der stillen Saison in einzelnen Industrien zu erklären ist. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Juli dieses Jahres um 2 263 313 Ml. höher als im Juli 1903, das ist eine Zunahme von 6 Ml. oder 0,27 Proz. auf den Kilometer gegen das Vorjahr.

— **Beschäftigungsgrad im Zementgewerbe.** Der Absatz im Zementgewerbe ist in diesem Jahre in so erfreulicher Steigerung begriffen, daß in den meisten Bezirken auch die bisher überaus niedrigen Preise des Vorjahres nicht mehr aufrecht erhalten zu werden brauchten. Noch lange ist freilich der Absatz nicht so groß, um die Erzeugungsfähigkeit sämtlicher Fabriken auch nur annähernd in den Verbrauch überführen zu können. Mag man den Gesamtverbrauch noch so hoch schätzen, mehr als 16 Millionen Faß jährlich dürfte er kaum betragen, während die Erzeugungsfähigkeit gut und gern 28 Millionen Faß beträgt. Infolge der ungünstigen Jahre sind zwar zahlreiche kleinere und kapitalschwache Betriebe vollständig stillgelegt worden. Sobald sich aber die ersten Anzeichen der Besserung bemerkbar machen, nahmen viele von diesen ihre Tätigkeit alsbald wieder auf. Ja, es wurden trotz der viel zu großen Leistungsfähigkeit der Zementherzeugung noch neue Fabriken errichtet.

— **Bremen.** In den Reitswerten Ridders wird nach wie vor in ungezügelter Weise gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter vorgegangen. Auf dem Kontor verlangte ein Beamter (Bayer) von einem um Arbeit nachsuchenden Arbeiter das Verbandsbuch, andernfalls er keine Arbeit bekommen würde. Der Arbeiter erklärte, kein Verbandsbuch zu besitzen; man ließ ihn indes einfach der Unwissenheit und erklärte, wenn er kein Verbandsbuch herausgäbe, dann er keine Arbeit bekommen. Der Arbeiter verzichtete denn auch auf Arbeit. Kurz vor ihm

waren einige andere Arbeiter angenommen worden. Das ist, was ein jeder Arbeiter gibt, die unter den entwürdigenden Bedingungen, selbst bei Begehung ihrer persönlichen Freiheit, ihre wirtschaftlichen Rechte ausüben, Arbeit anzunehmen durch die wirtschaftliche Not gezwungen sind. Der wohlhabenden Firma aber gereicht es wahrhaftig nicht zur Ehre, ihre wirtschaftliche Liebermacht in einer so rohen und ungezüglichen Weise den Arbeitern gegenüber zu mißbrauchen.

— **Bad Dargatzburg.** Unglücksfälle auf der Mathildenhütte ereigneten sich in letzter Zeit sehr häufig. Der erste Fall war die Explosion eines Gokofens, wobei ein Arbeiter so schwer verletzt wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Donnerstag, den 11. August, nachts, hat in der Röhrenleitung eine Gasausströmung stattgefunden, daß 8 Arbeiter erstickt sind; dieselben sind Familienväter im Alter von 35—44 Jahren. Der Arbeiter Wiffel wurde auch das Opfer seines Berufes. Er wollte seine Kollegen retten, stürzte dabei aber sein Leben ein. Seine Leichenschau ergab, daß er den Tod durch Giftgas erlitten hatte. Hoffentlich ermannen sich jetzt die Kollegen und werden Mitkämpfer in der Organisation. Nur dadurch lassen sich die Uebelstände beseitigen, unter denen die Arbeiter heute noch in so hervorragendem Maße zu leiden haben.

Korrespondenzen.

Wormstedt. Mitgliederversammlung vom 17. August. Zu Beginn der Versammlung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Ring in üblicher Weise gelehrt. Alsdann gibt der Bericht vom Verbandstage in Hamburg. Eine große Diskussion rief die vom Verbandstage angenommene Erwerbslosenunterstützung hervor, doch war kein Redner, der sich von der Einführung des Unterstützungsgewetzes nicht einen großen Vorteil für den Verband versprach. Die Arbeitslosenversicherung allein hätte uns anfänglich manches Mitglied gekostet, doch keiner könne von sich behaupten, nicht einmal krank zu werden, wenn es auch noch Mitglieder bei uns gibt, die sich „einbilden“, nicht arbeitslos zu werden. Im großen und ganzen sind die Redner mit den Arbeiten des Verbandstages zufrieden. Sodann gibt Bogt einen Ueberblick über den Stand des Bogtotts. Auch dieser rief eine lebhafteste Debatte hervor. Hier ist man der Ansicht, den Bogtott nicht eher aufzuheben, bis sämtliche Streitende eingestellt sind. Was bis jetzt von den Brauereien als Zugeständnisse gemacht worden, sei weiter nichts als eine „Ausführung“ der Bogtottkommission. Die Mitglieder verpflichten sich, darauf zu achten, daß keiner aus unseren Reihen das bogtottierte Bier trinke. Sollte einer dabei angetroffen werden, so ist dies sofort dem Vorstande zu melden. — Für die Unkosten des Bogtotts werden vom Kartell 30 Pf. pro Mitglied erhoben. Zur Bierkontrolle meldeten sich vier Kollegen freiwillig, alsdann erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Salke a. S. Was die hiesigen Röhrenwerke von den Arbeitern verlangen, darüber gibt folgende Zeitschrift an das „Volkblatt“ einige Auskunft: Ein auf dem Röhrenwerk beschäftigter Arbeiter kommt abends gegen 6 Uhr nach Hause, schlängelt einige Minuten in voller Hast hinunter und raßt wieder fort. In meinem Erstaunen mußte ich erfahren, daß selbiger wieder bis zum nächsten Abend 6 Uhr arbeiten muß; also gearbeitet von früh 6 bis abends 6 Uhr — eine kleine Pause — und weiter geht bis zum nächsten Tag abends 6 Uhr; mittig 36 Stunden hintereinander. — Und was muß dort für Arbeit geleistet werden? Wenn man bedenkt, daß ein Mensch, der schon 10 Stunden hintereinander vor dem Feuer stehen muß, noch Luft haben soll, weitere 24 Stunden ohne Schlaf und einige Stunden Erholung auf sich zu nehmen, so erregt es Verwunderung, daß sich die Arbeiter noch zu solcher Ausbeutung hergeben. Und wie ist denn der Lohn? Ganze 28 Pf. wird da pro Stunde bezahlt. Aufschlag für Ueberstunden oder Nachtstunden gibt es nicht, es wird nur die zurückgelegte Stundenleistung bezahlt. Was muß das für eine Qual sein bei der im Sommer herrschenden Temperatur? Hier erniedrigt sich der Mensch noch unter das Tier; denn welches Tier ist imstande, 36 Stunden hintereinander eine schwere Arbeit zu verrichten? Ist es nicht geradezu himmelführend, wenn man hören muß, es haben schon verschiedene Arbeiter mehrere Male in einer Woche 36 Stunden hintereinander gearbeitet? Den Arbeitern auf dem Röhrenwerk aber muß zugestanden werden: Organisiert euch, denn nur eine starke Organisation kann diese Mißstände beseitigen.

Dannover. In der Mitgliederversammlung am 20. August erbatte Kollege Jische einen ausführlichen Bericht vom Verbandstage in Hamburg. In der Diskussion erläuterte Kollege Drey die angenommenen Anträge und ergänzte den Bericht. Die Kollegen, die zu der Sache sprachen, waren mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung einverstanden. Kollege Bende hätte gewünscht, daß der „Proletarier“ mehr aufklärende Artikel bräute, und dieses könnte geschehen, wenn das Blatt alle 8 Tage erscheinen würde. Die Kollegen waren sonst mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und gaben der Erwartung Ausdruck, daß die Beschlüsse dem Verbande förderlich sein würden.

Dargatzburg. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 21. August. Da der in Aussicht genommene Referent, Kollege Oglendorf, am Erkranken verhindert war, so referierte Herr Dr. Jäpper aus Braunschweig über die hier in letzter Zeit vorgekommenen Unglücksfälle. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen Kräften für den Verband der Fabrik-, Land-, Hütten- und Arbeitervereine Deutschlands zu agitieren, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Ein beglücktes angenommenes Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung beendete die Versammlung.

Konstanz. Die hiesigen Kollegen sahen sich veranlaßt, die Arbeiter Stephan Speder aus Mühlhausen und Fritz Kuder aus Konstanz auszusprechen, weil beide ihren Pflichten als Organisationsmitglieder nicht nachgekommen sind. Hoffentlich werden diese Ausschüsse als abschreckendes Beispiel, damit wir nicht notwendig haben, weitere Ausschüsse folgen zu lassen.

Samperscheim. Hier tagte eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Benz aus Ludwigsfelde einen Vortrag über: „Die Lage der Arbeiter“ hielt. Der Kollege verbreitete sich über die unangenehme Besatzung, die gekürzt werden könnte, wenn die Kollegen sich einig sein würden. Es wurden dem Verbände 15 Kollegen als Mitglieder gewonnen.

Mülheim a. Rh. Sonntag, den 21. August, tagte im Lokale der Firma Witter eine öffentliche Versammlung. Herr Güllert sprach über: „Organisation der Arbeiter und deren Gegner.“ Der Referent legte die Zwecke und den Zweck der Organisation klar, er verdeutlichte das organisatorische Verhältnis der Unternehmer und die politischen Organisationsformen, die alle darauf hinwirken, die Organisation der Arbeiter zu hemmen. Trotzdem werde man die Ersparung der Organisationen nicht hindern können. Unter Punkt 2 der Tagesordnung kritisierte derselbe Redner die Behauptung auf den hiesigen Stammtischen. Eine später noch eingehendere Versammlung soll sich mit diesem Thema noch beschäftigen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Ein großer Anzahl der Anwesenden ließen sich als Mitglieder in den Verband aufnehmen.

Neunkirchen. Am 7. August tagte um 4 Uhr bei Keller eine Mitgliederversammlung. Genosse King hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Gewerkschaftsbewegung als Lebensversicherung.“ Die Gewerkschaften seien dazu da, so fürchte er es, durch Zahlung der Löhne der Arbeiter, Bekämpfung der Arbeitszeit u. den Interessen fort-

schritte zu arbeiten, daher müsse auch jeder Arbeiter ein Anhänger und Förderer der Gewerkschaftsbewegung sein.

Neunkirchen a. S. Am 4. August tagte unser Mitglieder- versammlung. Kollege Meyer nahm das Wort über den Punkt: „Was ist zur Hebung unserer Zahlstelle und zur Verbesserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu tun?“ Die Ausführungen des Kollegen M. gipfelten in dem Beweise, daß wir in erster Linie bestrebt sein müßten, unsere Zahlstelle auf die Stufe zu bringen, wozu sie gehört. Auch die „festen“ Arbeiter der großen Firmen müßten gewonnen werden, und das sei nur zu erreichen durch einmütiges, zielbewusstes Vorgehen der Mitglieder. Man müsse nicht darin ermahnen, die Arbeitskollegen immer von neuem wieder zum Beitritt aufzufordern. Ein ruhiges Vorgehen der Kollegen sei hierzu erforderlich, es müsse den Leute, und besonders auch den Frauen, klar gemacht werden, daß das Geld, welches für den Verband aus gegeben wird, niemals weggeworfenes Geld sei, dies sei eine ganz falsche Auffassung; denn wenn sämtliche Arbeiter sich unserem Verbände anschließen würden, sei es möglich, eine Verbesserung unserer traurigen Lage herbeizuführen. Er verwies auf mehrere kleine Ortschaften, wo doch auch durch einmütiges Vorgehen der Lohn um 3 Mk. pro Woche und mehr erhöht und die Arbeitszeit verkürzt sei. Nur wenn wir eine starke Organisation hinter uns haben, sei etwas zu erreichen. An diese Ausführungen, die mit Beifall aufgenommen wurden, schloß sich eine rege Diskussion und schlossen sämtliche Redner sich der Meinung des Kollegen M. an.

Planen i. S. Eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hütten- und Arbeitervereine Deutschlands tagte am Sonntagabend, den 20. August in Hagers Restaurant, in welcher Genosse E. Wendler einen interessanten und lehrreichen Vortrag hielt über das Thema: „Warum und wie müssen wir uns organisieren?“ Redner führte aus: Obgleich die Lage des Proletariats heute infolge der angestrengten Organisationsarbeit sich gegen früher gebessert hat, müssen wir doch annehmen, daß auch das Menschenbewußtsein der Massen sich infolge der ganzen Kulturentwicklung gehoben hat, daß der jetzt lebende Proletarier das Gedächtnis und Entschiedenheit seiner Lage viel schmerzlicher empfindet als der sich auf einer niedrigeren sozialen Stufe befindliche von früher. Die herrschenden Klassen haben es verstanden, sich des gesamten Einflusses, welchen die Gesetzgebung gewährt, zu bemächtigen und die Arbeiter davon auszuschließen. Durch ihre Vollpolitik bringen sie es fertig, ihre Profite auf Kosten der Arbeiter künstlich zu steigern, während man andererseits ungehindert billige ausländische Arbeiter herbeilockt, um die Lage der einheimischen Arbeiter künstlich herunterzudrücken. Das heißt dann „Schutz der nationalen Arbeit!“ Unsere soziale Gesetzgebung ist gänzlich unzulänglich, obwohl sie von den bürgerlichen Strömungen in allen Ecken gepriesen wird. Dabei werden die minimalen Schutzbestimmungen noch nicht einmal eingehalten, wenn nicht eine starke Organisation über die Befolgung derselben wacht. Der einzelne Arbeiter ist eben nicht imstande, seine Lage dauernd zu verbessern, das kann er nur im Zusammenhange mit seinen Berufskollegen. Das wissen selber die Unternehmer noch besser als die Arbeiter selbst. Im brüderlichen Vereine mit den Behörden sucht man die Arbeiterorganisationen zu unterdrücken, während man die Altimbinvereine als da sind: Pfeifenklubs, Spielklubs, Militärvereine usw. häufigst im wohlverstandenen Interesse des ausbeutenden Unternehmers. Nirgends wird das Klassenbewußtsein mehr getötet, der Geist mehr eingeschläfert als in beratenden Vereinen. Die Zeit ist erfüllt, große Kämpfe stehen den Arbeitern bevor, hierzu brauchen wir tüchtige, geschulte Kämpfer. Vor allen Dingen brauchen wir eintrien für eine Vertiefung der Arbeitzeit, denn kurze Arbeitszeit bedeutet hohen Lohn. Die Praxis hat es zur Genüge bewiesen. Nur wer nicht sehen will, kann das Gegenteil behaupten. Darum Mann für Mann hinein in die Organisation, und zum Schutz unserer Feinde zum Kampf! Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine interessante lebhafteste Debatte. Unter Verbandsangelegenheiten nahm der Bevollmächtigte Veranlassung, besonders den großen Wert der vom letzten Verbandstage beschlossenen Erwerbslosenunterstützung zu erläutern, ebenso die Notwendigkeit und den Nutzen besoldeter Gaubeamter. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hütten- und Arbeitervereine Deutschlands erklärt sich mit dem Beschlusse des Verbandes einverstanden und verspricht, stets im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken. Hierbei erwähnte der Bevollmächtigte die Kollegen nachmals, auch als Ehrenmitglieder des abgegangenen Verbandes zu halten, und nicht etwa bei der ersten besten Gelegenheit der kleinen Beitragszahlung wegen dem Verbände den Rücken zu kehren.

Rothenburgsort. In der Mitgliederversammlung, die am 12. August bei P. Bod tagte, referierte Genosse Schaumburg über die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung. Es fand vier Vortragabend vorgelesen. Redner sprach zunächst über die Tendenz der Gesetzgebung. Redner lobte denselben für seinen interessanten Vortrag. Dann teilt Niemann mit, daß von der Zahlstelle Hamburg ein Schreiben eingegangen, in welchem der Kollege Stadmann die belästigende Werbung gegen die Zahlstellenleitung Rothenburgsort, speziell gegen den zweiten Bevollmächtigten zurücknimmt, und ist die Sache damit für uns erledigt. Ein Antrag Soltan, den freitenden verheirateten Eisenarbeiter einen Mitgliedschaft zu gewähren, wurde von der Bogtottkommission verwiesen.

Wissen ist Macht! Macht ist Wissen!
Vor 3 Jahren haben sich in Düsseldorf eine Reihe angeleiteter und vorwärtsstrebender Arbeiter an einer Arbeiter- Bildungsschule zusammengeschlossen, um einerseits die Lücken unserer Volksschulbildung nach Möglichkeit auszufüllen, andererseits aber den Versuch zu machen, in Wissensgebiete einzudringen, die leider heute noch dem größten Teil der Arbeiter verschlossen sind. Die Schule hat im Laufe der Jahre schon eine recht segensreiche Tätigkeit entfaltet. So arrangierte sie Kurse in: Deutscher Sprache, Schreiben, Rechnen, Stenographie, Rede- und Vortragslehre. — Im kommenden Winterhalbjahr steht für uns der Lehrplan wie folgt zusammen: Rittwisch: Stenographie. Donnerstag: Erbsen (behandelt an der Hand des berühmten Werkes: „Weltall und Menschheit“). Freitag: Buchführung (einfache und doppelte). Die Kurse, die im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52, abgehalten werden, beginnen am 21. September 1904 und währen von 8^{1/2}—10 Uhr abends. Eintrittsgeld und monatlicher Beitrag belaufen sich auf nur je 30 Pf. Hierfür steht jedem Mitglied die Teilnahme an allen Unterrichtsstunden ohne weitere Nachzahlung frei. Die Kosten für Lehrmittel sind nur gering. Anmeldungen zu den einzelnen Kursen werden am Mittwoch, den 7. Donnerstag, den 8. und Freitag, den 9. September, abends von 8^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr im „Vereinshaus“ entgegengenommen. Weitere Anmeldungen können am ersten Unterrichtabend erfolgen, jedoch empfiehlt sich die vorherige Anmeldung. — Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß diese Kurse auch jenseits der Kollegen eine zahlreiche Beteiligung aufzuweisen haben. Für jeden angeleiteten Arbeiter muß auch auf dem Gebiete des Wissens die Parole lauten: Vorwärts!

Briefkasten.
Kollegen, die auf Fabriken zur Herstellung feuerfester Steine beschäftigt sind und im Besitze von Schmelzöfen sind, werden um Einweisung derselben oder um Mitteilung der Löhne und Arbeitsbedingungen ersucht.
Genosse K. Drey.

Leitung.
Bei der Zahlstelle gingen seit dem 17. August folgende Beiträge ein:
Mülheim 850.—, Mülheim 750.—, Mülheim 28.18.—, Grunstedt 40.50.—, Mülheim 145.78.—, Osterode a. S. 25.82.—, Hamburg St. Georg 651.65.—, Mülheim 78.80.—, Mühlhansleben 52.60.—, Mülheim 283.25.—, Mülheim 77.49.—, Anderten 32.10.—, Mülheim 111.25.—, Mülheim 50.50.—, Mülheim 7.40.—, Mülheim 133.21.—, Mülheim hat 20.23.—, Mülheim 26.26.—, Mülheim 239.63.—, Mülheim (S. A.) 2.40.—, Mülheim 339.01.—, Mülheim 77.23.—, Mülheim 48.25.—, Mülheim 156.25.—, Mülheim 110.00.—, Mülheim II 65.10.—, Mülheim 3.—, Mülheim 37.35.—, Mülheim 30.30.—, Mülheim 28.85.—, Mülheim 2.60.—, Mülheim 104.40.—, Mülheim (Mülh.) 41.85.—, Mülheim 55.40.—
Gesamt: Dienstag, den 30. August, mittags 12 Uhr.

Die Zahlstellen Ebersdorf und Stolzenhagen haben die Zustimmung erhalten, einen monatlichen Beitrag von 5 Pf. pro Mitglied zu erheben.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Milberstedt. Verkehrslokal ist bei Herrn Wiff. Flocken, Straußwirt, Siebelhingerstraße.
Wormstedt. E. Pankon, Königsstr. 23.
Hilberath. Aug. Perle, Gartenstr. 3.
Dortmund. Georg Wäch, Burgstraße 51.
Greifswald. (Gen. A.) Max Krohn, Dammstr. 38.
Greifswald. Erster Bevollmächtigter Jakob Gill, Mühlengasse, zweiter Bevollmächtigter Georg Selbert, Dornstraße 2. Debatte Reiseunterstützung abends von 7—9 Uhr, Sonntags von 10—12 Uhr.
Langenau. Max Hll.
Neunkirchen. Georg Fähler, Ludwigstr. 33.
Neunkirchen a. S. Carl Friedrich Horn, Mittelgasse 15.
Schleswig. Herr Jäger, Schlegelstraße 3, 2. Et.
Schwetznik. Max Beder, Alteschauerstr. 27/29.

Eingegangene Zahlstellen.

Liebertwalde, Straubing, Kales, Pomburg, Wären, Warkeln.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch S. II Nr. 95 284, angekauft auf den Namen Chr. Dunfel, eingetragen 28. Juli 1901 zu Gr.-Ottersleben ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Gau 8.

Die diesjährige Gaukonferenz tagt am 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Lehnows Parkgarten, Quedlinburg bei Spandau.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes: a) Vorliegenden, b) Kassierers.
2. Agitation.
3. Anträge der Zahlstellen.
4. Wahl des Gauvorsitzenden.
5. Wahl des Ortes der nächsten Konferenz.
6. Bericht des Gauvorsitzenden.

Berichte und Anträge müssen bis zum 21. September eingeleitet werden. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Sie müssen mit Mandaten versehen sein.

Der Gauvorstand.

J. A.: G. Bennepitz, Rixdorf, Germannstraße 45 1. Et.

In die Mitglieder sämtlicher Zahlstellen des Gaus 17, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10^{1/2} Uhr, findet unsere diesjährige Gaukonferenz in Reumünster im Lokale des Herrn M. Kellermann, Plönerstraße Nr. 7 statt.

Sortierte Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Beratung der gestellten Anträge.
3. Agitation.
4. Die Beschlüsse des Verbandstages in Hamburg.
5. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.

Unterschiedet ersucht die Bevollmächtigten, die Wahl der Delegierten unverzüglich vorzunehmen. Jede Zahlstelle ist berechtigt, auf eigene Kosten einen Delegierten zu entsenden. Alle Anträge sind bis spätestens 1. Oktober d. J. an den Unterzeichneten einzuliefern.

Der Gauvorstand.

J. A.: Fritz Dörger, Rönnehalderstr. 30 K, Hamburg 22.

Inserate.

Zahlstelle Barmstedt.

Am Sonntag, den 18. September 1904:

4. Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Borstein.
Von nachmittags 4 Uhr an Verteilung von Gebrauchsgütern für Herren und Beerdnen für Damen. Von 2 Uhr nachmittags bis 2 Uhr nachts Ball. Entree: für Herren 60 Pf., für Damen 20 Pf. Hierzu ladet freundlichst ein 1.80 Mk. Das Festkomitee.

Zahlstelle Mühlentee (Berlin).

Am 7. September findet unsere regelmäßige Mitglieder- versammlung im „Gasthof zur Sonne“ statt. Jeder Kollege wird ersucht, in derselben zu erscheinen, da die Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist. Die Restanten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach achtwöchentlichem Beitrags- rückstand von jetzt ab gestrichen werden und daß das Kassieren im Hause der Mitglieder aufhört. Von jetzt ab werden die Beiträge nur in den Versammlungen und in der Wohnung des Kol. Iden entgegengenommen.
1.80 Mk. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Neumünster.

Unsere Mitgliederversammlung findet am 11. September, 4 Uhr nachmittags, bei Kellermann, Plönerstraße Nr. 7, statt. Tagesordnung: 1. Unsere Gaukonferenz. 2. Wahl eines Delegierten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.
1.20 Mk. Die Bevollmächtigte.

Zahlstelle Rothenburgsort.

Am Mittwoch, den 14. September, abends 8^{1/2} Uhr, tagt unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn P. Bod, Rothenburgsort Nr. 3. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Inwieweit Verbandsangelegenheiten. Es ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes notwendig.
1.20 Mk. Die Bevollmächtigte.

Slomke's Städtebuch.

Herausgegeben durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Postkarte, 366 Seiten, geb. 1.20 Mk. In allen Buchh. zu haben oder gegen Eins. von 1.40 Mk. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.